

Die Polizisten in Mönchehagen müssen nun Schutzanzüge tragen

Neue Arbeitsschutzrichtlinien / Bohrtrupp stieß auf Gasblase

Eigener Bericht

HAZ 12.06.86 ut. Hannover

Für die Polizeibeamten und anderen Landesbediensteten, die auf der umstrittenen Sondermülldeponie Mönchehagen (Kreis Nienburg) Dienst tun, gelten jetzt erweiterte Arbeitsschutzrichtlinien. Darauf haben sich Ende Mai das Innen- und das Landwirtschaftsministerium in Hannover geeinigt. Wie berichtet hatte es besonders unter den Polizeibeamten in den letzten Monaten Kritik an den Sicherheitsvorkehrungen für die in Mönchehagen eingesetzten Beamten gegeben. Mehrmals waren von Polizisten Gas- und Atemschutzmasken gefordert worden.

Zur Begründung der neuen Richtlinien, die vom Leiter der Polizeiabteilung im Innenministerium, Hans-Peter Mahn, abgezeichnet sind, wird auf die öffentliche Diskussion um die Sondermülldeponie Mönchehagen und die Kontroverse über Gesundheitsrisiken durch dort gelagerte Stoffe verwiesen. Diese Diskussion habe zu einer Verunsicherung der Beamten geführt, heißt es in dem vierseitigen Merkblatt. In ihm wird darauf hingewiesen, daß der Polizeieinsatz in Mönchehagen auch weiterhin notwendig sei.

Begründet wird die Polizeipräsenz mit der Möglichkeit von Sabotageakten gegen das Giftmüllager. Die Polizei, so schreibt Mahn, solle Schadensausweitungen auf der Deponie verhindern und dadurch eine zügige Sanierung gewährleisten.

In dem Merkblatt wird ausdrücklich die

Diskussion um den Tod eines in Mönchehagen eingesetzten Polizeibeamten aufgenommen. Die Ministerien räumen ein, daß bisher die Todesursache des im März gestorbenen Beamten nicht geklärt sei. In dem Merkblatt wird darauf hingewiesen, daß das Fresenius-Institut eine Gesundheitsgefährdung durch Chemieabfälle in der Deponie Mönchehagen nicht ausschließt. Das Innen- und das Landwirtschaftsministerium ordnen in dem Merkblatt an, daß sich alle Bediensteten, die in Mönchehagen in besonders belasteten Zonen arbeiten, vorher ärztlich untersuchen lassen müssen. In bestimmten Fällen müssen auch die Polizisten Schutzmasken und -anzüge tragen.

Unterdessen wurde aus Mönchehagen ein neuer Vorfall bekannt: Bei Brunnenbohrarbeiten in einem Wäldchen neben der Deponie ist ein Bohrtrupp auf eine Gasblase gestoßen. Dem Bohrloch entströmte neben dem Gas eine gelbliche, übelriechende Flüssigkeit und versickerte im Boden.

Die Staatsanwaltschaft in Verden teilte am Mittwoch mit, daß sie mehreren neuen Strafanzeigen der Mönchehagener Bürgerinitiative gegen Giftmüll (BI) nachgeht. Das von der BI am Dienstag - wie berichtet - vorgelegte Pressefoto, das die illegale Einlagerung französischen Giftmülls in der Deponie nachweisen sollte, ist als Beweismittel jedoch untauglich: Die Aufnahme war vom Fotografen irrtümlicherweise mit einem falschen Datum versehen worden. Das Foto entstand nicht 1981, sondern schon knapp zwei Jahre früher, im September 1979.